

**Kreistagsfraktion**

Herrn Landrat  
Karl Roth  
Strandbadstraße 2

82319 Starnberg

Stockdorf, 2. Februar 2015

**Antrag** auf Aufhebung des Kreisausschussbeschlusses zum Neubau der Bahnunterführung Königswiesen vom 9.10.2013 wegen fehlerhafter Kostenaufstellung und erneute Beschlussfassung auf der Grundlage korrekter Daten

**Begründung:**

Anlässlich erneuter Beratung der Varianten der Bahnunterführung Königswiesen im Gemeinderat Gauting kam zu Tage, dass der Kreisverwaltung bei der Vorbereitung der Beschlussvorlage für oben benannte Sitzung ein gravierender Fehler bei der Kostenaufstellung unterlaufen ist, der dazu prädestiniert war, das Abstimmungsergebnis maßgeblich zu beeinflussen.

In der Begründung der Beschlussvorlage wurde unter Punkt C noch richtig dargestellt, dass die niedrigere Variante mit einer Durchfahrtshöhe von 4,10 m dem Landkreis – obwohl es dafür keine Förderung gibt – nur Kosten von 510.000 € verursacht, während bei der Variante mit der Durchfahrtshöhe von 4,50 m trotz Förderung höhere Kosten von 540.000 € für den Landkreis verbleiben.

Unter Punkt E) wurde jedoch in einer völlig unübersichtlichen und nicht nachvollziehbaren Gesamtkostendarstellung, die die Sanierung der Ortsdurchfahrt miteinbezieht, die höhere Variante mit der Durchfahrtshöhe von 4,50 plötzlich als die günstigere Variante dargestellt.

**Fakt ist:** Es wurde bei beiden Varianten eine Position vergessen - nämlich die Kosten, die für das Tieferlegen der Straße im Bereich des Brückenneubaus notwendig sind, siehe Kosten unter Punkt C Brückenbauwerk 4,50 m 1,6 Mio € (Anteil Landkreis 992.000 €) und Straßenbaumaßnahmen 240.000€ bzw. 1,4 Mio € (Anteil Lkr. 845.000 €) und Straßenbaumaßnahmen 65.000 €. Dadurch bleibt der

niedrigere Ausbau wie bereits unter C ausgeführt um 32.000 € billiger als der höhere. Siehe beiliegendes Berechnungsblatt.

Anmerkung: Da das von der Gemeinde Gauting beauftragte Verkehrsbüro bei der höheren Variante ein Anwachsen des Schwerlastverkehrs um 50 % prognostiziert und viele anderen Faktoren wie der Ausbau des Kreisels an der Waldkreuzung und der Bau der Westumfahrung auf eine Verkehrszunahme schließen lassen, regt sich in Königswiesen mit Recht massiver Widerstand gegen die Variante mit der Durchfahrthöhe von 4,50 m. Wir wollen und müssen die Bürgerinnen und Bürger Königswiesens vor einer Zunahme von Verkehr und Lärm durch ihren Ort schützen.

Es kann und darf nicht sein, dass ein Beschluss, der auf falschen Zahlen beruht, letztendlich dazu führt, dass der Landkreis stärker zur Kasse gebeten wird als beschlossen und der Landkreis mit höheren Kosten gleichzeitig eine Verschlechterung der Lebensqualität von Landkreisbürgerinnen und -bürgern finanziert.

Mit freundlichen Grüßen

Toni Meier, Martina Neubauer, Anne Franke